Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiunddreissigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 153. Halle a. d. Saale, Freitag den 1. April **1898.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 31. März. Der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, feierte heute seinen Geburtstag im engsten Familienkreise. Der Erbprinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst und Prinz Moritz waren zur Beglückwünschung ihres Vaters hier eingetroffen, so daß der Reichskanzler seine Kinder sämtlich um sich versammelt sieht. Zum ersten male fehlte in diesem Kreise die verewigte Fürstin. Der Kaiser sandte dem Reichskanzler als Geburtstagsgeschenk seine Photographie in Generalsuniform mit eigenhändiger Widmung.

Auf der Krupp'schen Germaniawerft in Kiel wurde heute Montag der neugebaute Kreuzer „G" vom Stapel gelassen. Der Kaiser wohnten bei die Kaiserin Friedrich mit Gefolge, die Prinzessin Heinrich, ferner der kommandirende Admiral von Koester, Admiral Köster, Staatsminister Tirpitz, zahlreiche Seeoffiziere rc. Die Kaiserin Friedrich nahm auf der Tribüne Platz, während Prinzessin Heinrich mit Staatsminister Tirpitz zur Taufkanzel bestieg. Staatsminister Tirpitz hielt hierauf folgende Ansprache:

„Unter günstigen Zeichen vollzieht sich der Stapellauf dieses Schiffes. Geht er doch von statten, nachdem soeben der Ausbau und die Weiterentwickelung der deutschen Flotte durch Gesetzeskraft gesichert worden sind. Durch die Gnade Seiner Majestät des Kaisers ist es uns vergönnt, Ihre Königliche Hoheit die Frau Prinzessin Heinrich die Taufe an diesem Kreuzer vollziehen zu sehen zu einer Zeit, da ihr hoher Gemahl im fernen Osten zu unserem Stolz und zu unserer Freude eintritt für Deutschlands Seemacht. Möge Gottes Segen über diesem Schiffe walten, damit es gute Kunde gebe jenseits der Meere von deutscher Art und deutschem Sinn. Mit tiefem Dank erfüllt es uns, daß Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich durch Allerhöchste Anwesenheit geruht hat, ihre Antheilnahme an dem Blühen und Gedeihen unserer Flotte zu bekunden. Ich fordere Sie auf, unseren Gefühlen gegen das erhabene Herrscherhaus Ausdruck zu geben durch den Ruf: „Se. Majestät der Kaiser, Hurrah!"

Begeistert stimmte die Festversammlung in den Ruf ein, worauf die Musik die Nationalhymne spielte. Prinzessin Heinrich vollzog hierauf die Taufe mit folgenden Worten:

„Im Allerhöchsten Auftrage taufe ich dich „Gazelle."

Hierauf ging der Stapellauf glatt von statten. Nach der Feierlichkeit kehrten die Kaiserin Friedrich und die Prinzessin Heinrich nach dem Schloß zurück, während im Werftverwaltungsgebäude um Frühstück stattfand, bei welchem Staatssekretär, Staatsminister Tirpitz einen Trinkspruch auf die altbewährte Germaniawerft, welche durch die Firma Krupp neue Kraft erhalten habe, ausbrachte.

Der Kaiser von Rußland empfing gestern in Petersburg die zum Abschlusse besonderer Uebereinkommen betreffend Abänderung der mit Rußland bestehenden Postkonventionen eingetroffenen Delegirten des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns, und zwar seitens Deutschlands den Direktor der ersten Abtheilung des Reichspostamts Kraetke und den Geheimen Oberpostrath Neumann.

Parlamentarische Briefe.

△ Aus **Berlin**, 31. März, schreibt man uns: „Angenehme Erholung und glückliche Reise" wünschte heute Herr v. Buol einem paar Leuten, die gekommen waren, um die dritte Lesung des Etats zu Ende zu führen, am Schlusse der wenig ergebnißreichen Sitzung. Knapp vor Thoresschluß, unter wachsender Nervosität und Ungeduld, der selbst die redeluftigen Sozialdemokraten Rechnung tragen mußten, wurden die noch ausstehenden Spezialetats durchberathen. Nur beim Justiz-, beim Post- und beim Reichsdruckerei-Etat ergaben sich Debatten. Bei jenem wurde der Leichnam des seligen Kardinals Melchers nochmals aus dem Grabe gezerrt und die hochwichtige Frage erörtert, ob der fromme Märtyrer mit Strohflechten beschäftigt worden sei oder nicht; bei der Post bekannte sich Herr v. Podbielski trotz seines früheren wohlklingenden Versprechens, kein politischer, sondern nur ein Verkehrsminister sein zu wollen, zu der reaktionären Maßnahme der Disqualifizirung von Beamten, die Versammlungen besucht hatten, die nicht einmal einen ausgesprochen sozialdemokratischen Charakter trugen; und bei der Reichsdruckerei wurde erneut der Fall Grünenthal in die Debatte gezogen und vom Staatssekretär v. Podbielski weitere Aufklärungen gegeben. Seine wunderbare Auffassung von dem Wesen der Presse und ihrer Thätigkeit wurde von den Abgg. Hammacher und Müller-Sagan gebührend zurückgewiesen, während beide Herren zur Frage selbst eine andere Gestaltung der Kontrolle der in der Reichsdruckerei hergestellten Werthpapiere aller Art dringend wünschten.

Der Reichstag hat in dem heute zu Ende geführten Abschnitt seiner Tagung eine ganze Reihe von wesentlichen Erträgnissen zur Erledigung gebracht. Dazu ist in erster Reihe der Reichshaushalt für das laufende Etatsjahr zu rechnen, der allerdings wohl selten so kurz wie diesmal vor dem Beginn des Etatsjahres selbst von der Volksvertretung verabschiedet ist. Mit dem Etat im engen Zusammenhange stand die Flottenvorlage. Von den Gesetzen, die am 1. Januar 1900 mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch zugleich in Kraft treten müssen, sind dem Reichstage diesmal mehrere vorgelegt worden. Den Entwurf über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hat er bereits unter Dach und Fach gebracht. Es ist zu wünschen, daß die Novellen zur Civilprozeß- und zur Konkursordnung nach Ostern ihre Erledigung finden, da die Einzelstaaten noch die verschiedensten legislatorischen und administrativen Maßnahmen infolge des Bürgerlichen Gesetzbuches zu treffen haben und es nothwendig ist, daß vorher auch sämmtliche anderen mit diesem in Zusammenhang stehenden Reichsgesetze fertiggestellt sind. Außer dem genannten Justizgesetze hat der Reichstag auch dem Entwurf, betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen, seine Zustimmung gegeben und damit eine Frage zum Abschluß gebracht, die ihn schon seit Jahren beschäftigt hat. Bedeutsam ist die Annahme der Postdampfersubventionsnovelle gewesen. Rechnet man noch in diesen Kreis den Entwurf über die anderweite Festsetzung des Gesammtkontingents der Brennereien, so wird man erkennen, daß der vom Reichstage bewältigte Stoff recht beträchtlich gewesen ist. Von kleineren Vorlagen, die schon vorliegen oder, wie der Nachtragsetat, noch eingebracht werden sollen, abgesehen, wird nach den Osterferien außer den bereits erwähnten Justizgesetzen hauptsächlich noch die Militärstrafgerichtsordnung fertigzustellen sein.

Das Abgeordnetenhaus, das nur noch schwach besetzt war, weil es morgen in die Ferien gehen will, führte heute die erste Lesung des Pfarrerbesoldungsgesetzes zu Ende. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Zur „Sammlungs"-Politik.

Unter der Aufschrift „Zur Organisation der wirthschaftlichen Sammlung" veröffentlicht die „Konservative Korrespondenz" eine längere Auslassung, welche in Rücksicht auf die Nähe der Reichstagswahlen den „Hauptwerth auf eine zweckmäßige Organisation der Sammlung" legt und weiter fortfährt:

„Bis jetzt ist der Aufruf, der ein festes Programm (!) darstellt, um welches sich die für den Schutz der nationalen Arbeit eintretenden Elemente zu sammeln vermögen, nur als eine Anregung einzelner Politiker betrachtet worden. Dieser Anregung muß aber noch viel kräftiger als nur durch Darlegung der Unterschrift Folge gegeben werden. Wir schlagen darum, um die Sache in Fluß zu bringen, vor, daß sich zunächst in Berlin ein Centralausschuß bilde, welcher die nationale Sammlung praktisch in die Hand nehmen könnte. Dem Centralausschuß müßten selbstverständlich hervorragende Mitglieder aus allen Erwerbsgruppen und aus allen der Sammlung sich geneigt zeigenden politischen Parteien und wirthschaftlichen Vereinigungen oder Verbänden angehören."

Weiterhin werden auf demselben Weg zu konstruirende lokale Ausschüsse für jeden Wahlkreis vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird damit begründet, die „Gegner besitzen bereits Organisationen in Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, Gewerbevereinen und Kommunalvertretungen, welche für die Sammlung um die Fahne des Grafen v. Caprivi lebhaft sich bemühen." Dann geht es weiter: „Lassen wir den wirthschaftlichen Aufruf lediglich durch sich selbst wirken." Zu all dem schreibt abweisend die „Natl. Korr.":

„Diese Anregung mag wohlgemeint sein, sie schwebt aber in der Luft. Zunächst ist es ausgeschlossen, nach der bekannten Königsberger Bundesdemonstration und der darauf erfolgten Gegendeklaration der nationalliberalen Partei, daß der wirthschaftliche Aufruf, der zu beiden Kundgebungen Anlaß gegeben, noch „durch sich selbst wirken" könnte. Für die nationalliberalen Wähler gilt in dieser Beziehung lediglich die Deklaration ihrer berufenen Vertreter, die gerade darum so viel Zustimmung gefunden, als sie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Partei betonte und den Boden deutlich abgrenzte, auf dem sie den wirthschaftlichen Ausgleich sucht. Und dies gilt auch für die Vorbereitung der Wahlen. Und um so mehr, als die konservative Partei, von der namhafte Angehörige an dem Vorgehen der Bundesleitung in Königsberg theilnahmen, noch nicht zum Ausdruck gebracht hat, daß sie fest entschlossen ist, ebenso gegen die unzulässige auch auf politischem Gebiete erfolgende Bevormundung der Bundesleitung Stellung zu nehmen, die doch jeden Ausgleich durch Erneuerung ihrer extremen Forderungen zu stören fortgesetzt bestrebt ist. Um so weniger aber ist ein nachträglicher Ausbau jenes „wirthschaftlichen Aufrufes," wie er hier vorgeschlagen wird, nützlich und möglich, als, wie uns heute aufs neue bestätigt wird, im Gegentheil von vornherein der Gedanke, ein Mischmasch-Centralwahlkomitee zu begründen, als den Interessen aller politischen Parteien zuwiderlaufend zurückgewiesen worden und darum fallen gelassen ist."

Die Politik der Sammlung erweist sich hiernach immer mehr als ein Schlag ins Wasser!

Parlamentarisches.

* Die zweite sächsische Kammer nahm gestern die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und die konservativen Anträge auf Ausschluß von Minderjährigen und Frauen von den politischen Versammlungen mit 441 gegen 26 Stimmen an. — Wann wird es in Preußen zu einer Reform des Vereinsgesetzes kommen?

* Der Bundesrath hat gestern dem Gesetzentwurfe, betr. die anderweite Festsetzung des Gesammtkontingents der Brennereien, in der Form der Reichstagsbeschlüsse die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Antrage der Reichstagsabgeordneten v. Levetzow und Gen. wegen Errichtung eines Standbildes für den Kaiser Friedrich, dem Gesetzentwurfe betr. die deutsche Flotte, endlich dem Gesetzentwurfe für Elsaß-Lothringen über die Presse, womit zugleich der Reichstagsbeschluß wegen Einführung des Reichsgesetzes für die Presse in Elsaß-Lothringen für erledigt erklärt wurde. Die Denkschrift über die deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau wurde durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt und die Vorlage, betr. die Verleihung von Korporationsrechten an die Panganiegesellschaft zu Berlin, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Schließlich wurde über Eingaben Beschluß gefaßt.

* Bei der gestrigen Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause in Pr.-Stargard erhielten der deutsche Kandidat Rittergutsbesitzer Arndt-Gartschin (freikonserv.) 239, Pfarrer v. Wolszlegier-Gilgenburg (Pole) 234 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. — Damit haben die Deutschen einen heiß umstrittenen Wahlkreis wieder gewonnen. An den vorigen Wahlgang knüpfte sich die unrühmlich bekannt gewordene Affäre des Oberlehrers Dr. Fricke an.

Parteinachrichten.

* In 30 Wahlkreisen stehen sich je 2 Kandidaten gegenüber, die beide auf dem Boden des Sammelaufrufs der Agrarier und Hochschutzzöllner stehen. Die „Deutsche Tagesztg." fordert daher die Bundesmitglieder auf, sich für den Kandidaten zu erklären, der die größere Entschiedenheit erwarten läßt. Demgemäß haben auch diejenigen Nationalliberalen, welche sich dem Bund der Landwirthe förmlich verschrieben haben, keine Aussicht auf Unterstützung, wenn ein noch entschiedenerer Agrarier ihnen bei den Wahlen Konkurrenz macht.

* Staatsminister Frhr. v. Berlepsch tritt der Nachricht entgegen, daß er für den Reichstagswahlkreis Mühlhausen-Langensalza-Weißensee kandidiren wolle. Er werde eine Kandidatur zum Reichstage nicht annehmen.

* Heute, am 1. April, begeht die „National-Zeitung" den fünfzigjährigen Gedenktag ihres Bestehens. Das Jubiläum ist insofern von besonderer Bedeutung, als die Begründung dieser Zeitung zusammenfällt mit der Geburt der deutschen Preßfreiheit, welche der politischen Presse in Deutschland freie Bahn brach.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In den Blättern wird die Frage erörtert, ob dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Contreadmiral Tirpitz, infolge seiner Ernennung zum preußischen Staatsminister und Mitgliede des preußischen Staatsministeriums Sitz und Stimme in letzterem zustehe. Hierzu schreibt nun die „Nordd. Allg. Ztg.": Schon der Umstand, daß die Ernennung zum Mitgliede des Staatsministeriums erfolgt ist, läßt diese Erörterung müßig erscheinen, da solchen doch selbstverständlich Sitz und Stimme im Staatsministerium zusteht. — Wir haben das auch nicht anders aufgefaßt. — Bezüglich des Gehalts, das Tirpitz nun beziehen wird, stehen die Dinge aber noch nicht so klar. Man erklärt es nach dem „B. T." in preußischen Regierungskreisen keineswegs für sicher, daß Minister Tirpitz nun das Ministergehalt beziehen werde. Im Gegentheil, daraus, daß es eine Reihe von preußischen Ministern gegeben hat, wie Delbrück, v. Bötticher und andere, die niemals einen Pfennig Gehalt in dieser Eigenschaft in Preußen bezogen haben, will man schließen, daß es zu dem Wesen eines preußischen Ministers nicht ohne weiteres gehöre, daß er Gehalt bezieht. Die Staatsrechtslehrer werden sich wohl noch mit dem Falle beschäftigen, der ohne Präcedenz in der Geschichte des preußischen Ministeriums ist. — Nach unserer Auffassung kann von einem Gehalt nicht die Rede sein. Es kann nur gezahlt werden, was im Etat bewilligt wird. Und der preußische Etat reicht für einen neugeschaffenen Ministerposten nicht aus.

* Das sächsische Ministerium des Innern hat kürzlich die Polizeibehörden darauf hingewiesen, daß man bei der Ueberwachung von Versammlungen Mißgriffe möglichst zu vermeiden habe. Es sei die Pflicht der Behörden, bei der Auswahl der mit der Ueberwachung von Versammlungen zu beauftragenden Beamten mit Vorsicht zu verfahren. Mit dieser Aufgabe möge man, wenn der Vorstand der Behörde nicht selbst gehe, nur völlig geeignete juristische oder ältere Bureaubeamte betrauen, von der Verwendung des unteren polizeilichen Exekutivpersonals aber in der Regel absehen. Es ist wohl kein Irrthum, wenn man diese Verfügung als einen Erfolg der zahlreichen Klagen über die Handhabung des Versammlungsrechts seitens mancher Polizeibehörden bezeichnet.

* Die bereits angekündigten Berathungen über den Erlaß von Schutzvorschriften zu Gunsten der Arbeiter in Roßhaarspinnereien und Pinselfabriken haben am 29. März im Reichsamt des Innern stattgefunden. Soviel wir hören, hat es sich dabei herausgestellt, daß allerdings einige Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter nothwendig sein werden, wenngleich es auch als ausgeschlossen betrachtet werden muß, daß Vorschriften ins Auge gefaßt werden, durch welche das Rohmaterial zum Theil unbrauchbar und gewisse Gewerbszweige überhaupt unmöglich gemacht würden.

* Als Nachfolger des mit dem 1. April in den Ruhestand tretenden Geh. Reg.-Rath Grafen Wickler ist von dem Minister des Innern der bisher bei der 1. Abtheilung des berliner Polizeipräsidiums beschäftigte Reg.-Rath Dieterici zum Dirigenten der 2. Abtheilung (Kriminal-Polizei) ernannt worden.

* Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte sich gegenüber dem deutschen Botschafter bereit zur Entschädigung für die Zerstörung der Zuckerfabrik von Schmitt & Fischer auf Cuba. Die Verhandlungen nehmen einen sehr freundschaftlichen Verlauf.

Kolonialangelegenheiten.

* Von einem deutsch-französischen Zwischenfall in Westafrika erhält die „Frkf. Ztg." durch ein Kabeltelegramm Kenntniß. Die Meldung lautet:

Der amerikanische Bischof Hartzell, der soeben aus Afrika zurückgekehrt ist, erklärt, ein deutsches Kanonenboot sei vor Monrovia in der Negerrepublik Liberia (Westafrika) erschienen und habe 13,500 Dollars für die Niederbrennung einer deutschen Plantage verlangt. Als dies verweigert worden, habe der Kapitän verlangt, Liberia solle sich unter deutsches Protektorat stellen. Gegen weitere Schritte des deutschen Kapitäns habe der französische Geschäftsträger protestirt. Bischof Hartzell erklärte ferner, der Präsident Liberias habe ihn veranlaßt, in London und Washington für die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes zu wirken. Der französische Geschäftsträger sei übrigens deshalb dazwischen getreten, um Frankreich das Protektorat zu sichern.

Volkswirthschaftliches.

* Der Abschluß eines neuen Handelsvertrages Deutschlands mit Chile soll nahe bevorstehen. Die Einfuhr aus Chile hat ungefähr einen Werth von 80 Millionen Mark (zu 4/5 Chilisalpeter), die direkte Ausfuhr nach Chile hat einen Werth von fast der Hälfte jener Summe.

Arbeiterbewegung.

* Unmittelbar vor einem großen Ausstande stehen die städtischen Gasanstalts-Arbeiter in Berlin. Im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980401010/fragment/page=0001

v. J. war eine auch in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelte Bewegung der Gasanstaltsarbeiter eingeleitet zu dem Zwecke, den 18stündigen Schichtwechsel während der Sommermonate zu Gunsten des 12stündigen zu beseitigen. Damals wurde von dem Dezernenten der Gasverwaltung geltend gemacht, daß aus technischen Gründen der 12stündige Schichtwechsel im Sommer undurchführbar sei. Trotzdem ist derselbe bereits seit zwei Jahren in den Anstalten II und IV eingeführt für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober, während in den Anstalten I, III und V es bis jetzt bei dem 18stündigen Schichtwechsel verblieb. Die Arbeiter der letzteren wollen nun, selbst auf die Gefahr eines großen Ausstandes hin, während der Sommermonate ebenfalls den Zwölf-Stundenwechsel einführen und sind zu diesem Zwecke bereits in eine Bewegung eingetreten.

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung vom 31. März, 12 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Staatssekretäre Nieberding, Frhr. v. Thielmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** gegenüber dem Abg. Ahlwardt, daß er nie in irgend einer Form von den Konservativen abhängig gewesen.

Die dritte Berathung des Etats wird beim Etat des Reichsjustizamts fortgesetzt.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) kommt auf die Angelegenheit der Gefängnißhaft des früheren Erzbischofs von Köln, Paul Melchers, zurück, nimmt Kenntniß von der Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhause, daß der Erzbischof niemals mit Strohflechten beschäftigt worden sei und berichtigt danach seine früheren, auf die Gefängnißlisten gestützten Mittheilungen. Im übrigen sei aber doch nicht genügend Rücksicht auf die hohe Stellung des Erzbischofs genommen worden.

Staatssekretär **Nieberding** begrüßt diese Erklärung mit Genugthuung, über die neuen Benachrichtigungen sei er natürlich noch nicht informirt. Sollte untere Beamte ein Verschulden treffen, so würde es gewiß geahndet worden sein.

Abg. Dr. **Lieber** geht nochmals auf die damaligen Gerichtserkenntnisse ein und leugnet, daß die damalige Gefängniß-Verwaltung völlig unschuldig war. Die bloße Eintragung des Erzbischofs in die Listen sei unwürdig gewesen.

Staatssekretär **Nieberding**: Die Sache liege ihm sachlich und persönlich zu fern, um auf Einzelheiten einzugehen. Er verweise auf die Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhause.

Abg. Dr. **Lieber**: Es fehle ihm an Zeit, jederzeit den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen.

Abg. **Schmidt**-Frankfurt (Soz.) beschwert sich über den Strafvollzug gegen eine Frau in Frankfurt, der gestattet wurde, ihr Kind mit in das Gefängniß zu nehmen.

Staatssekretär **Nieberding**: Er bitte den Abgeordneten, sich an den Oberstaatsanwalt und an den preußischen Justizminister zu wenden.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Die Instruktion der Gefängnißverwaltung über die Beschäftigung der Gefangenen sei veraltet und dem Strafgesetzbuch widersprechend. Die Eintragung in die Listen beruhe auf dieser schlechten Instruktion, so auch im Falle Melchers. Redner schildert dann seine Strafzeit in Plötzensee und beschwert sich namentlich über den Mangel an Zeitungslektüre. Selbst naturwissenschaftliche Schriften seien ihm verweigert worden. Nach § 16 des Strafgesetzbuchs dürfe niemand zu Arbeiten gezwungen werden, für die er sich nicht eigne; ein Redacteur dürfe also nicht mit Stuhlflechten, Kleben usw. beschäftigt werden.

Staatssekretär **Nieberding** geht nochmals auf die Inhaftirung des Erzbischofs Melchers ein und kommt auf einen vom Abg. Auer in der zweiten Lesung geschilderten Fall zurück, der sich nach der Untersuchung anders darstelle.

Abg. **Spahn** (Ctr.) bemängelt, daß der Staatssekretär abgelehnt habe, auf die Vorgänge in Köln näher einzugehen.

Staatssekretär **Nieberding** erwidert, daß er es nicht abgelehnt, sondern nur gewünscht habe, daß Abg. Lieber das Material vorher mittheilte, damit er sich darauf vorbereiten könne.

Abg. Dr. **Lieber** bemerkt, der Staatssekretär habe das Vorbringen dieser Sache in der dritten Lesung erwarten müssen.

Der Etat des Reichsjustizamts wird hierauf genehmigt.

Beim Etat des Reichsschatzamts liegt ein Antrag des Abg. Lieber vor, das Gehalt des Staatssekretärs auf 24,000 M. statt 30,000 M. im Etat festzusetzen.

Abg. Dr. **Lieber** (C.) begründet seinen Antrag und legt nochmals die Gründe dar, welche für die Erhöhung der Repräsentationskosten des Reichskanzlers maßgebend waren.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Er verzichte darauf, nochmals einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsposition einzubringen und gebe nur dem Bedauern Ausdruck, daß die Frage des Gehalts der Staatssekretäre mit der Gehaltserhöhung für die Unterbeamten in Verbindung gebracht werde.

Abg. **Meyer**-Danzig (Rfp.) kommt auf seine früheren Ausführungen über die Zinsen der Getreidezolltrefte zurück und wiederholt, daß die letzteren die Landwirthschaft schädigen.

Der Antrag Lieber wird hierauf angenommen und desgleichen der ganze Etat des Schatzamts, ferner der Etat des Reichseisenbahnamts und der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern beantragt

Abg. **Rickert**, die hierzu gestellte Resolution des Abg. Paasche bis nach den Ferien zurückzustellen angesichts der überaus schwachen Besetzung des Hauses.

Die Resolution betr. Süßstoffe wird sodann zurückgestellt und der Etat genehmigt.

Er folgt der Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Abg. **Buddeberg** (freis.) rügt eine Verfügung eines Ober-Postdirektors, in der die Vorgesetzten aufgefordert werden, das Privatleben der Postbeamten zu beobachten, vor allem auch, ob dieselben viel in Schankwirthschaften verkehren und ob sie Umgang mit Frauenzimmern haben. Das sei eine unwürdige Verfügung.

Unterstaatssekretär **Fritsch** erwidert, diese Verfügung sei der Postverwaltung nicht bekannt. Sie werde aber die Sache untersuchen und event. Remedur eintreten lassen.

Staatssekretär **v. Podbielski** erklärt einer Aeußerung des Abg. Wurm in der zweiten Lesung gegenüber, daß unter seinem Vorgänger, dem Staatssekretär Stephan, eine Verletzung des Briefgeheimnisses nicht erfolgt sei und auch niemals, wie Abg. Wurm behauptet habe, vor Gericht eine solche Verletzung festgestellt sei. Redner verliest das Gerichtserkenntniß, auf das Abg. Wurm sich berufen hatte, und weist nach, daß Abg. Wurm einen Satz dieses Urtheils, der eine Verletzung des Briefgeheimnisses hätte beweisen können, zitirt habe, ohne den das Gegentheil beweisenden folgenden Satz mit anzugeben.

Abg. **Müller**-Sagan (Frs. Vp.) fragt an, ob es wahr sei, daß keine Postleveen mehr angenommen werden. Da die Maturitätsprüfungen jetzt abgelegt seien, müßten die jungen Leute wissen, woran sie seien. Redner berührt dann noch einige andere Punkte, so den dienstlichen Sonntag.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Zur Zeit sei kein Bedarf an Postgehilfen, infolgedessen keine Eleven eingestellt werden können. Die Postassistenten seien besser gestellt als viele junge Beamte anderer Verwaltungen. Die Frage der Gehälter der Unterbeamten werde geprüft und wohlwollend behandelt werden.

Abg. **Rickert** (Frs. Vg.) bittet, die vorliegenden Petitionen erst später zu verhandeln.

Vicepräsident **Spahn** stellt hierauf sämmtliche Petitionen und Resolutionen zurück und bittet die Redner, auch nicht auf dieselben zurückzukommen.

Abg. **Werner** tritt für die Gehaltsaufbesserung der Postassistenten ein.

Abg. **Bebel** (Soz.) kommt auf die Verletzung des Briefgeheimnisses im Jahre 1872 zurück. Der Prozeß sei nicht zu Gunsten der Postverwaltung entschieden worden.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Weder er, noch sein großer Vorgänger habe jemals eine Verfügung betr. Eröffnung von Briefen erlassen.

Abg. **Singer** führt aus, daß unter dem Sozialistengesetz durchgängig Briefe zurückgehalten seien und bringt einen Vorfall aus Hamburg zur Sprache, wo Postbeamte entlassen wurden, weil sie einer Versammlung der Postunterbeamten beigewohnt hatten. Auch habe der Ober-Postdirektor eine Verfügung erlassen, in dem der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen und die Lektüre sozialdemokratischer Zeitungen verboten wurde.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Jede direkte oder indirekte Betheiligung der Postbeamten an den sozialdemokratischen Bestrebungen halte er mit dem Diensteid für unvereinbar und werde sie stets zu ahnden wissen. (Beifall rechts.) Die Einleitung des Disciplinarverfahrens in solchen Fällen habe das Oberverwaltungsgericht gebilligt.

Abg. **v. Kardorff** wünscht Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf dem platten Lande.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Er bringe der Anregung großes Wohlwollen entgegen, warne aber wegen der Kosten vor Uebereinstürzung.

Abg. **Müller**-Sagan erklärt sich durch die Ausführungen des Staatssekretärs auf seine Beschwerden für nicht befriedigt.

Abg. **Förster** bringt einige Wünsche vor.

Abg. **Singer** bedauert die Aeußerungen des Herrn Staatssekretärs, die mit seinen früheren Erklärungen, daß er seinen Beamten gegenüber ganz unparteilich und ein reiner Verkehrsminister sein wolle, in Widerspruch stehe. Die Versammlung in Hamburg sei keine sozialdemokratische gewesen.

Staatsminister **v. Podbielski**: Es handle sich darum, ob der Diensteid von Werth sein solle oder nicht. Jeder Beamte, der in den Staatsdienst eintrete, müsse sich über die Bedeutung und die Konsequenzen seines Eides klar sein.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. **Meyner** wird der Postetat bewilligt.

Beim Etat der Reichsdruckerei bemerkt

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.): Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob er geneigt ist, dem Reichstage vor seinem Eintritt in die Ferien, wie ich hoffe, beruhigende Erklärungen über den bedauerlichen Fall Grünenthal zu machen. Als der Fall zum ersten mal durch den Grafen von Arnim hier zur Sprache gebracht wurde, konnte der Staatssekretär sich nur mit einer gewissen Zurückhaltung äußern. Er sagte aber schon damals, daß das Verbrechen sich voraussichtlich nur innerhalb sehr abgegrenzter Verhältnisse bewege, welche zu der im Lande herrschenden Beunruhigung keinen Anlaß bieten. Mittlerweile haben die Zeitungen, wie es scheint, die richtige und offiziöse Angabe gebracht, daß Grünenthal ein Geständniß abgelegt hat, das dahingehen soll, daß nur an einem bestimmten Tage und bei einer bestimmten Revision von ihm der Diebstahl einer gewissen Summe von Banknoten stattgefunden hat. Zur Sache selbst möchte ich folgendes bemerken: Der Staatssekretär hatte bei der zweiten Lesung die Güte, uns ein Bild zu geben von den Vorgängen, welche das jetzt zur Verhandlung stehende Verbrechen begleiteten. Er kam dabei auf den entscheidenden Punkt, indem er sagte, daß in der Reichsdruckerei, wenn der Auftrag zur Anfertigung von Banknoten vorliege, die Druckerei 10 Proz. mehr Scheine drucke, als bestellt seien, und daß in diesem Zusammenhang das Verbrechen möglich geworden sei, indem der des Verbrechens angeklagte Beamte von diesen 10 Proz. Ausschuß sich ein gewisses Quantum von Noten angeeignet habe, die jetzt von ihm in Circulation gesetzt worden sind. Wenn die Dinge so liegen, so scheint es mir das Erforderniß einer sicheren Kontrolle zu sein, daß hinfort die Reichsdruckerei nicht mehr Noten anfertigt, als überhaupt bestellt sind. Das also in der vollen Höhe angefertigte Quantum Noten, einerlei ob in einem intakten oder in einem fehlerhaften Zustande, muß der Reichsbank überliefert werden, die Reichsbank mag dann ihrerseits die sich nicht in einem guten Zustande befindlichen Noten nicht benutzen, sie kann sie vernichten. Die Reichsdruckerei würde auf diesem Wege außerhalb jeder Verantwortlichkeit gesetzt, und das ist für uns, glaube ich, hier im Reichstage neben dem Kern der ganzen Sache, der Beunruhigung, die durch die Unsicherheit der bezüglichen Banknoten hervorgerufen wird, doch die Hauptsache. Graf Arnim schien andeuten zu wollen, daß nur die Reichsbank durch die Entwendung in einen von ihr zu vertretenden Schaden gekommen sei. Ich bin nicht dieser Meinung. Die Verantwortlichkeit dafür trägt die Reichsdruckerei; bei der Anfertigung der Banknoten sind entweder keine genügenden Sicherheitsvorschriften vorhanden gewesen oder die vorhandenen nicht genügend beachtet worden. Ich glaube darüber unterrichtet zu sein, daß in anderen öffentlichen Druckereien, insbesondere in denen Banknoten angefertigt werden, niemals die Gewohnheit bestanden hat, die Banknoten in einer größeren Anzahl herzustellen, als sie hergestellt werden sollen. Würde in dem gegebenen Falle der Ersatz defekter Noten durch die Reichsbank gewünscht werden, gut, so würde die Druckerei von neuem fehlerfreie Noten herzustellen versuchen. Dieser Weg scheint mir der einzige zu sein, auf dem in Zukunft die Reichsdruckerei gegen die Wiederkehr solcher Unterschlagungen gesichert und jedenfalls ihre Verantwortlichkeit gedeckt erscheinen wird.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Thatsächlich werden Banknoten nur in dem Umfange hergestellt, in dem sie bestellt wurden. Es sind ja auch keine vollwerthigen Noten entwendet worden, sondern Noten, die nur in Papier und Stich echt waren, während die Zahlen noch fehlten. Es handelt sich eben nur um Vorgänge während der Fabrikation, und da muß naturgemäß immer mehr Vorrath da sein, als gebraucht wird. An wirklichen Noten wird nicht mehr hergestellt, als bestellt worden sind. Nach Lage der jetzigen Untersuchung hat sich herausgestellt, daß das, was ich bei der zweiten Lesung gesagt, vollständig zutrifft, d. h. daß eine Menge von Zufälligkeiten an dem bewußten Tage zusammengefallen sind, die dieses Verbrechen ermöglichten. Der betreffende Beamte hat vielleicht Jahre lang auf den einen Moment gelauert, wo diese drei Momente zusammenfielen. Zehn- bis zwanzigmal ist es ihm vielleicht nicht geglückt, gerade an diesem Tage glückte es ihm. Erwägen Sie ferner geneigtest: es sind seit 1880 in der Reichsdruckerei nahezu 38 Milliarden Werthzeichen hergestellt worden, und dem gegenüber hat sich in diesen 18 Jahren dieses eine Versehen herausgestellt. Ich will wahrlich die Sache nicht entschuldigen. Sie werden zugeben, Herr v. Stephan war ein äußerst tüchtiger Verwaltungsbeamter. Wenn Sie die Instruktion durchlesen, so werden Sie sagen: wenn man sie pünktlich befolgt, so kann nichts eintreten. Aber im Laufe der Zeit wird man hier und da lässig, und da sind diese Zustände eingetreten. Ich habe schon darauf hingewiesen, um wie wenig es sich hier voraussichtlich handelt. Auch das hat sich bestätigt. Wir haben heute über 1 Milliarde Mark Bankwerthzeichen im Umlauf und zwar etwa 500,000 Stück Tausendmarkscheine und 5 Millionen Hundertmarkscheine. Demgegenüber stehen etwa 160 Stück Tausendmarkscheine, die Grünenthal sich angeeignet haben kann. Das ist doch eine geringe Zahl. Es wird wahrscheinlich eine ganze Reihe von Jahren dauern, bis diese entwendeten Scheine allmälig herbeigeschafft sein werden. Jedenfalls braucht diese Angelegenheit wirklich nicht zu einer solchen Beunruhigung des Publikums Veranlassung zu geben, wie sie eingetreten ist leider durch unsere Presse. So wie irgend etwas verlautbarte, haben die Reporter sofort nachgeforscht. Ein ganzes Netz von Reportern hat sich mit dieser Sache befaßt: ich war wirklich erstaunt. Auf alle mögliche Weise hat man versucht, irgend etwas zu erschnappen. Ich erkläre nochmals: zu einer Beunruhigung des Publikums liegt keinerlei Veranlassung vor. Die Reichsbank ist ihre Einlieferungsstellen angewiesen, diese Noten nicht zu annehmen, sie werden also eingelöst werden. Auch ist das Vermögen Grünenthal's weit höher als die Veruntreuungen, die Verwaltung wird also voraussichtlich ein materieller Schaden nicht treffen. Seit dem 1. Januar d. J. ist bereits ein neuer Kurator für die Reichsdruckerei von mir ernannt worden. Der betreffende Herr hat sich eingehend mit den Verhältnissen der Reichsdruckerei beschäftigt, und ich hoffe, infolge einer klaren Trennung von Verwaltung und Betrieb werden dergleichen Vorkommnisse nicht mehr möglich sein.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.): Wenn die Beunruhigung über dieses Vorkommniß weitere Kreise ergriffen hat, so ist daran die Presse nicht schuld. Denn diese theilt doch schließlich nichts anderes mit, als was im Publikum auch sonst bekannt ist oder doch bekannt geworden wäre. Durch die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs wird die öffentliche Beunruhigung eingeschränkt und deshalb bin ich dafür dankbar. Aber die Zahlen, die er angegeben hat, sind doch nicht mit einander zu vergleichen. Wir müssen uns fragen: wie verhält sich der Schaden zu der Arbeitsleistung der Reichsdruckerei, die sie in den 18 Jahren gemacht hat? Und da erscheint der Schaden doch nicht so ungeheuer bedeutend. Ich behaupte, daß die Aufmerksamkeit der Reichsdruckerei durch Nebenarbeiten zu sehr in Anspruch genommen wird. Die Hauptsache ist das System der Kontrolle. Diese fehlt sich, wie der Abg. Dr. Hammacher mit Recht sagte, als ungenügend erwiesen. Der Vorschlag des Herrn Dr. Hammacher erscheint mir durchaus erwägenswerth. Was nützt ein Kurator, eine persönliche Regie für die Kontrolle? Der frühere Kurator hat doch gewiß auch das Vertrauen der Verwaltung in vollsten Maße gehabt. Daß trotzdem ein solches Vorkommniß möglich war, beweist, daß das bisher geübte Verfahren nicht fortbestehen darf. Das jetzige Kontrollsystem muß gründlich untersucht werden. Wer weiß, ob man nicht bei der Herstellung der übrigen Werthzeichen ähnliche Erfahrungen machen kann.

Abg. Dr. **Hammacher**: Auch ich kann nicht zugeben, daß die Presse irgend ein Vorwurf in der Behandlung dieser Frage trifft. Zu Gunstheil, die Presse hat sich ein großes Verdienst erworben, indem sie dafür gesorgt hat, daß die Bedeutung des Falles rechtzeitig klargestellt wurde. Auf dem Gebiete der Papier- und Geldwesens ist nichts mißlicher und gefährlicher als wenn unsichere Gerüchte dahinschleichen und die Befürchtungen bis ins Unermeßliche übertreiben. Insofern war es ein Verdienst des Grafen v. Arnim, daß er bei der zweiten Lesung den Staatssekretär zu einer Aeußerung veranlaßte. Nichts anderes hat mich heute bewogen, die Sache zur Sprache zu bringen, als die feste Ueberzeugung, daß bei einer solchen Angelegenheit die vollste Oeffentlichkeit das beste Mittel ist, um das öffentliche Interesse vor Schaden zu schützen.

Was meinen Vorschlag angeht, der auf eine bessere Kontrolle bei der Anfertigung von Noten hinauskommt, so hat zu meiner Genugthuung der ja sehr sachverständige Abg. Müller denselben bereits besser motivirt, als ich es vorhin versuchte. Den Staatssekretär möchte ich aber noch darauf aufmerksam machen, daß ich nicht behauptet habe, die Reichsdruckerei fertige 10 Proz. vollwerthige Noten über den bestellten Bedarf hinaus an. Aber es steht doch fest — das hat der Staatssekretär schon das vorige mal klargelegt —, daß 10 Prozent Noten mehr als bestellt sind, bis zu einem gewissen Stadium fertiggestellt werden, die, im Besitz eines Betrügers, dazu benutzt werden können, in Circulation gesetzt zu werden, und gerade diese Erwägung sollte die Reichsdruckerei veranlassen, daß sie überhaupt keine größere Zahl von Noten in Arbeit nimmt, als dem Umfang der Bestellung entspricht. Uebermorgen wird übrigens eine Sitzung der Reichsschuldenkommission stattfinden und bei dieser die Angelegenheit, wie ich hoffe, zu einer eingehenden Erörterung und Erledigung gelangen. Denn auch die Reichsschuldenkommission hat nach dem Bankgesetz die Verpflichtung, die Anfertigung der Banknoten zu überwachen und, wie ich schon erwähnt, in erster Linie ist für die Folgen von Mängeln in der Beaufsichtigung und für daraus entstehende Schäden des Staates, mag es die Reichsbank oder ein sonstiges Ressort der Reichsverwaltung sein, die Reichsdruckerei verantwortlich; denn sie ist es, die die Fehler begangen hat.

Hierauf wird der Etat der Reichsdruckerei genehmigt.

Ebenso noch einige andere kleinere Etats und das Etatsgesetz ohne Debatte.

Darauf wird in der Gesammtabstimmung der ganze Reichshaushaltsetat definitiv angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Frhr. **v. Buol**: In den Sitzungen wird nun, wie Ihnen bekannt ist, eine Pause eintreten. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Erholung und glückliche Reise und berufe die nächste Sitzung an auf Dienstag, den 26. April, 1 Uhr.

Tagesordnung: Gesetz über elektrische Maßeinheiten, lex Heintze, Wahlprüfungen.

Schluß 3¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 31. März, 12 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Bosse, Dr. v. Miquel u. a.

Die erste Berathung des Pfarrerbesoldungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ctr.): Von einer Bevorzugung der katholischen Kirche gegenüber der evangelischen, kann in Bezug auf diese Vorlagen gar keine Rede sein. Herr Dr. Sattler irrt mit dieser Behauptung ebenso unrecht, wie eine Synode mit einer ähnlichen Aeußerung. Wenn die Vorlage Gesetz werden würden, und das allein ist schon ein großer Vorzug, die so erquicklichen Paritätsbeschwerden aufhören. Die Regierung erkenne durch Einbringung der Vorlage das früher begangene Unrecht an. Unrichtig ist es, daß den katholischen Bischöfen eine größere Bewegungsfreiheit in Bezug auf die Verwendung der Zuschüsse des Staates eingeräumt werde, als den evangelischen kirchlichen Behörden. Die Vorlage bedeute jedenfalls eine erhebliche Aufbesserung und führe ein besseres und schwereres Besoldungssystem ein. Allerdings erscheine das Grundgehalt von 1800 M. für die katholischen Geistlichen immer noch zu niedrig. Die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Köller könne er nicht als berechtigt anerkennen.

Abg. **Hoacke** (freis.), führt aus, das Gesetz habe unzweifelhafte Vorzüge. Seine Freunde hätten indeß auch erhebliche Bedenken gegen dasselbe. Redner macht die Zustimmung seiner Partei zu dem Gesetz abhängig davon, daß die Gemeinden nicht weiter belastet werden, daß das Grundgehalt erhöht werde und daß es noch vor dem 1. April 1899 in Kraft tritt.

Minister Dr. **v. Miquel**: Dies Gesetz regelt die Stellung des Staates zu den Kirchen in der Besoldungsfrage dauernd; es werden den Kirchen dauernde Dotationen gegeben. Dadurch wird die Bewegungsfreiheit der Regierung und des Landtages erheblich beschränkt, aber die gesetzliche Regelung hat sich zur Vermeidung der früheren Unzuträglichkeiten als nothwendig ergeben. Auch ich habe noch Bedenken gegen manche Bestimmungen, aber die Unmöglichkeit, etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, hat mich diese Bedenken fallen lassen. Wir wollen nicht an die Stelle der Gemeinden treten, sondern nur leistungsunfähigen Gemeinden Zuschüsse geben. Damit ist der Vorwurf der fortschreitenden Centralisation hinfällig. Das Gesetz von dem 1. April 1899 in Kraft treten zu lassen, ist unmöglich. Das muß jeder zugeben, der die Verhältnisse kennt. Von einer Verzögerung kann dabei gar keine Rede sein, denn wenn ich nicht selbst den Wunsch gehabt hätte, die Geistlichen möglichst bald der Wohlthaten der Vorlage theilhaftig werden zu lassen, so würde ich mich sehr gehütet, diese ungemein schwierige Materie jetzt noch in fliegender Eile zu bearbeiten und vorzulegen. Das Grundgehalt ist nicht zu niedrig bemessen, andere Beamten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980401010/fragment/page=0002

z. B. auch die Gymnasiallehrer, haben ein geringeres Grundgehalt. Daß es oft sehr schwer ist, die Unterscheidung zwischen hilfsbedürftigen und nicht hilfsbedürftigen Gemeinden zu machen, gebe ich zu, aber es wird nach dieser Richtung mit Wohlwollen und Milde verfahren werden. Ich bitte Sie, m. H., das Zustandekommen des Gesetzes nun nicht Ihrerseits durch Beschlüsse zu verzögern; ich glaube nicht, daß Ihnen die Geistlichen besonders dankbar dafür sein würden. Die Wirkung des Gesetzes wird zweifellos eine segensreiche sein, und ich bitte das Haus, sich bei den Beschlüssen das stets **vor** Augen zu halten. (Beifall.)

Minister Dr. **Bosse:** In der Rede des Herrn v. Köller war so viel Originalität, Humor, Poesie und drastische Darstellung, daß ich ihm darin nicht zu folgen vermochte; das wird aber auch gar nicht nöthig sein, denn ich acceptire die mir durch die Herren v. Heydebrandt und Dr. Sattler gewährte Unterstützung und erkläre mich auch bereit, nach Kantelen zu suchen, um das Gesetz noch zu verbessern. Die Behauptung des Abg. v. Köller, daß das Gesetz zu einer Konfiskation des Pfarrvermögens führen wird, ist völlig hinfällig. Die Gemeinde erhält doch nur die Verwaltung, nicht das Eigenthum an den Pfründen. Der Uebergang der Pfründenverwaltung von den Geistlichen auf die Gemeinden ist aber gerade von den letzteren selbst fortdauernd verlangt worden. Sämmtliche Pfarrvereine haben einstimmig, dringend gebeten: Macht uns doch endlich los von der Verwaltung der Pfründe! Daß die Konsistorien reine Staatsbehörden sind, bestreite ich Herrn v. Köller, es sind staatskirchliche Behörden. Streitigkeiten über die Höhe der Zuschüsse entscheidet das Oberverwaltungsgericht; eine bessere Garantie konnten wir den Gemeinden gar nicht geben. Bezüglich des Pensionswesens haben wir es vorläufig beim alten lassen müssen. Das ist ein Nothbehelf, denn das kirchliche Pensionswesen bietet so viel Schwierigkeiten, daß sie sich in der kurzen Zeit nicht erledigen ließen; es wird aber so bald wie möglich auch die Umgestaltung des Pensionswesens erfolgen.

Abg. **Hornig** (kons.) äußert seine Bedenken gegen das Gesetz. Den Konsistorien würden zu weitgehende Rechte verliehen. Die Verschiedenartigkeit der Pfründen bedinge eine ungleichartige Belastung der Gemeinden; dadurch werde der Unfriede zwischen Geistlichen und Gemeinden gefördert. Er könne dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zustimmen, einer Kommissionsberathung widerspreche er nicht.

Abg. Frhr. **v. Plettenberg** (Ctr.) schließt sich den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Heydebrand an und beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Wartenberg** (Pole) schließt sich den Ausführungen der Centrumsredner an.

Abg. **Schall** (kons.) schließt sich dem Standpunkt der Mehrheit der konservativen Partei an und spricht im Namen der evangelischen Geistlichen dem Ministerium den Dank für das Bestreben aus, den Nothstand der Geistlichen zu heben, wenn auch die Schnelligkeit der Einbringung dieser Vorlage Mängel zur Folge gehabt habe. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde müsse im Gesetz präzisirt werden.

Abg. Dr. **Schnaubert** (kons.): Mein Standpunkt steht dem des Abg. v. Köller näher. Gleichwohl kann von einer Spaltung in unserer Partei in dieser Frage nicht die Rede sein. Denn wir wollen alle das Gute in den Vorlagen annehmen. Die Ausführungen des Abg. v. Köller gaben nicht blos hinterpommerischen Anschauungen, wie Gegner es nannten, Ausdruck, sondern sie passen für die Verhältnisse des ganzen Ostens.

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Ich würde es für einen sehr glücklichen Ausweg halten, das Gesetz nochmals der Synode zu überweisen, trotzdem es dadurch etwas verzögert wird. Wenn die Freikonservativen auf ihren Forderungen beharren, wird sich kein anderes Ausweg finden lassen. Das Gesetz hat in geistreicher Weise das Pfründensystem mit dem Stufensystem vereinigt. Wir haben auf der Generalsynode in mancher Beziehung mit gebundener Marschroute gearbeitet; schon deshalb wünsche ich eine nochmalige Ueberweisung. Wenn wir nur die Möglichkeit auf der Generalsynode gesehen hätten, ohne Antastung der Pfründe durch Zuschüsse die Skala zu erreichen, so würden nicht zwei von uns für das Versicherungskassensystem gestimmt haben. Die Verhältnisse im Osten und Westen sind so verschieden, daß es schwer ist, alle Kirchen des Landes in gleicher Weise zu behandeln. Unerträglich ist die unvermittelte Unbilligkeit und soziale Ungerechtigkeit, mit der die mittleren und kleinen Pfründen gegenüber den großen behandelt werden. Man sollte die Kirche verpflichten, die großen Pfründen zu besteuern, um vielleicht eine Hilfskasse zur Erziehung der Kinder der Geistlichen zu schaffen. Eine solche Kasse ist absolut nothwendig, und würde die Unbilligkeit der jetzigen Fassung zweifellos bedeutend abschwächen. Wie die Sache jetzt liegt, wird das Fangen nach guten Stellen nicht vermindert werden. Wenn ich nicht das Zutrauen hätte, daß der Staat dafür sorgen wird, daß die Gemeinden nicht übermäßig belastet werden, so würde ich das Gesetz von vornherein ablehnen. Das Grundgehalt von 1800 M. ist für verheirathete evangelische Pfarrer viel zu niedrig. Im Pfarrstande giebt es Gott sei Dank noch keine Geldheirathen, und mit 1800 M. kann heute keine Pfarrerfamilie auskommen, wenn der Pfarrer seinen Kindern eine gute Erziehung geben will. Ich bitte Sie daher, das Gesetz nochmals an die Synode zurückzuverweisen, und es hier nach Pfingsten nochmals zu berathen. (Beifall rechts.)

Kultusminister Dr. **Bosse** erklärt sich entschieden gegen diesen Vorschlag. Das entspreche weder den Interessen der Kirche noch der Geistlichen.

Abg. **v. Köller** (kons.) begründet noch einmal seine ablehnende Haltung und hält es für das beste, das Gesetz noch einmal der Generalsynode vorzulegen und im nächsten Jahre ein besseres Gesetz zu machen.

Abg. Dr. **Irmer** (kons.): Unser Standpunkt ist der: Wir haben zwar Bedenken, aber sie sind nicht so groß, als daß wir das Gesetz verwerfen sollten. Herr Stöcker, der mich gelehrt hat, die Freiheit der evangelischen Kirche zu vertheidigen, klagt die Generalsynode beim Landtag an. Das ist eine vollständige Wandlung seines kirchenpolitischen Standpunkts, den wir nicht mitmachen.

Abg. **Stöcker** befürwortet nochmals seinen Vorschlag auf Zurückverweisung der Entwürfe an die Synoden.

Darauf werden die Entwürfe an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Petitionen.)

Schluß 4¼ Uhr.

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

Die spanische Regierung bereitet sich jetzt, selbst für Abhilfe des Elends unter den Reconcentrados, den von General Weyler in den Städten zwangsweise versammelten Landbewohnern, nach Möglichkeit zu sorgen. Im Ministerrathe brachte der Kolonienminister Moret die Eröffnung eines Kredits von drei Millionen in Vorschlag, welche den General-Gouverneur Blanco in den Stand setzen sollen, die Reconcentrados zu repatriiren, die Arbeitsgelegenheit zu erleichtern und den Arbeitern Geld vorzustrecken. Er verlas auf die Lage in Kuba bezügliche Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß kräftige, arbeitsamstige Männer schon jetzt bei ländlichen Arbeiten Beschäftigung fanden, daß jedoch diejenigen, welche ihre Ackerwerkzeuge verloren oder etwas Kapital, um ihr Leben bis zur Ernte zu fristen, brauchen, organisirter Hilfeleistung seitens der Regierung bedürfen. Andererseits sind zahlreiche Familienhäupter unter Zurücklassung von Frau und Kindern nach Mexiko ausgewandert. Das Schicksal der letzteren verdiene tiefstes Mitgefühl.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß Spanien zur Aufrechterhaltung des Friedens bisher alles gethan habe und noch thun werde, was mit der Ehre und dem unversetzten Bestande des Vaterlandes vereinbar sei. Der Ministerrath hielt gestern eine Sitzung ab. Ueber die Verhandlungen desselben wird Stillschweigen beobachtet, der Arbeitsminister hat jedoch auf Befragen erklärt, daß die Lage sich in den letzten 24 Stunden gebessert habe. — Der Ertrag der Vorstellung im Königlichen Theater in Madrid zum Ankauf eines Kriegsschiffes wird ein sehr bedeutender sein. Die Königin bezahlte für eine Loge 50,000 Francs, ein Fauteuil wird mit 150,000, ein anderer mit 100,000 Francs bezahlt werden. Die Bank von Spanien zeichnete 500,000 Francs. — Die Königin-Regentin schrieb persönlich an den Kaiser von Oesterreich, den Zaren und die anderen Souveräne der Großmächte, indem sie nicht gerade um ihre Intervention, wohl aber um ihre guten Dienste in Washington zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung bat. — Der französische Botschafter in Washington, Cambon, besuchte den stellvertretenden Staatssekretär Day und erklärte ihm, falls die Vereinigten Staaten irgend einmal glauben sollten, Frankreich könne etwas dazu beitragen, eine schwere Krise zu verhindern und den Frieden zu erhalten, zweifle er nicht, daß Frankreich in einer Weise Vermittelungsdienste leisten werde, wie es für beide Mächte annehmbar sei.

In Washington hielten Mittwoch abend 115 Republikaner eine Versammlung ab, in der ein Ausschuß ernannt wurde, welcher sich zu dem Präsidenten Mac Kinley begeben soll, um die Stimmung der Republikaner zu Gunsten einer sofortigen Aktion in der Kubafrage dem Präsidenten kundzugeben.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer brachte der Minister Hanotaux gestern die Vorlage betreffend die griechische Anleihe ein und schlug dem Hause vor, den Entwurf der Budgetkommission zu überweisen. Cochin und Goblet verlangten Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission. Der Ministerpräsident Méline unterstützte Hanotaux' Vorschlag, welcher mit 298 gegen 242 Stimmen angenommen wurde.

Der Heeresausschuß der Deputirtenkammer verhandelte gestern in Anwesenheit des Kriegsministers Billot über den von 160 Deputirten unterzeichneten Beschlußantrag, in dem die Einführung der zweijährigen Dienstzeit gefordert wird. Billot trat dem Antrage entgegen, da sich die Oberbefehlshaber der Armeecorps und der oberste Kriegsrath dagegen ausgesprochen hätten und da die Annahme des Antrages eine Schwächung der Armee sowohl hinsichtlich des Effektivbestandes wie der Kriegstüchtigkeit mit sich bringen würde. Die Kommission lehnte hierauf den Antrag einstimmig ab.

Vor dem Kassationshofe begann gestern mittag unter Vorsitz des Präsidenten Loew die Prüfung der Nichtigkeitsbeschwerde Zola's gegen das Urtheil des Schwurgerichts. Zola war nicht erschienen. Kassationsgerichtsrath Chambareaud verlas den Bericht über das Gesuch, welches sich auf sieben Beschwerdepunkte stützt. Der Bericht bewegt sich in ausschließlich juridischen Erörterungen und überläßt es dem Kassationshof, die Erheblichkeit der Beschwerdepunkte abzuschätzen. Er beantragt jedoch, der Gerichtshof möge den von Zola vorgebrachten Beschwerdepunkt anerkennen, daß er nicht von dem Kriegsgericht, gegen das sich seine als Verleumdung verfolgte Veröffentlichung richtete, vor Gericht gestellt wurde, sondern von dem Kriegsminister. Der Bericht kommt zu dem Schlusse, wenn dieser Beschwerdegrund als zu Recht bestehend erklärt werde, sei kein Anlaß, die Sache an eine andere Jury zu verweisen. Die Verurtheilung werde bestehen bleiben, aber die Strafe werde nicht verhäuft werden müssen. Dieses Ergebniß der Verhandlung werde unbestreitbar dem Urtheil haben, der öffentlichen Agitation ein Ende zu machen. — Nach dem Berichterstatter sprach Anwalt Mornard, der die einzelnen Punkte der Nichtigkeitsbeschwerde ausführlich begründete. — Labori wurde im Justizpalast, während er in der Zola-Prozeßsache sprach, von Anwesenden durch Zurufe beleidigt. Der Vorsitzende ließ die Beleidiger festnehmen worauf die anwesenden Rechtsanwälte Labori eine Ovation darbrachten. — Der Generalstaatsanwalt beantragte die Verwerfung der Kassationsgründe. Der Kassationshof hat die Fällung des Urtheils auf Sonnabend verschoben.

Italien.

Der Papst las gestern die Messe in der Sala del Consistorio, wozu 300 Personen, darunter 200 ungarische Pilger, zugelassen waren, die nachher vom Papste in Audienz empfangen wurden. Allseitig wurde das gesunde Aussehen des Papstes betont.

Griechenland.

Der Prozeß gegen Karditzi und Giorgis wegen des Attentats auf den König fand in Athen gestern nachmittag unter großem Andrange des Publikums statt. Die Anklageschrift führt die Vorstrafen Karditzi's an und erachtet Giorgis als passives Werkzeug in den Händen Karditzi's. Nachdem die Aussage der Prinzessin Marie verlesen worden war, wurde zum Verhör der Zeugen geschritten, die über die bereits bekannten Thatsachen aussagten. Einer von ihnen, ein Beamter der Stadtverwaltung, fand am Tage vor dem Attentat in einem von Karditzi benutzten Schrank im Rathhause eine Dynamitbombe. (Erregung im Saale.) Der verwundete Lakai sagt aus, die zweite Kugel habe seinen Hut getroffen. Einige Zeugen versichern, Karditzi leide an Anfällen von Schwermuth. — Der Angeklagte Karditzi erklärt, er sei zu dem Verbrechen durch die Presse und die öffentliche Meinung verleitet worden, welche den König und die Politiker für die Leiden des Vaterlandes verantwortlich machten. Hätte das erste Verbrechen Erfolg gehabt, so hätte er Delyannis getödtet mit der Bombe, die am Platze der That gefunden wurde. Die Prinzessin Marie hätte er nicht getödtet. Er habe auf eigene Rechnung gehandelt und gehörte keiner Vereinigung an. Georgis giebt an, er habe in die Luft geschossen. Der Staatsanwalt beantragt gegen beide Angeklagten die Todesstrafe. Der Vertheidiger beantragt, Karditzi für unzurechnungsfähig zu erklären, er sei durch die Presse zu seinem Verbrechen verleitet worden, sein Chauvinismus sei krankhaft. Der Gerichtshof verurtheilte beide Angeklagte zum Tode.

Nordamerika.

Aus St. John in Newfoundland wird berichtet: In einer Rede in der Kammer erklärte der Gouverneur, daß der Kolonien-Minister eine Entschädigung von England für die Nachtheile verlangen werde, die den Kolonien aus den früheren Handelsverträgen entstanden seien, nämlich dadurch, daß diese Verträge die Konkurrenz Frankreichs begünstigten, während England aus der Lage Gewinn gezogen habe.

Gerichtsverhandlungen.

Wiesloch (Baden), 31. März. [Der Walldorfer Wahlkrawall.] In dem Prozeß gegen die am Walldorfer Wahlkrawall betheiligten Personen wurden acht Angeklagte wegen groben Unfuges bezw. Ruhestörung zu 5 Tagen bis 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Es handelte sich um folgenden Vorfall: Anläßlich der letzten badischen Landtagswahlen war am 20. Oktober abends in Walldorf im Gasthaus „Zur Post" eine antisemitische Versammlung anberaumt worden, in welcher der antisemitische Reichstagsabgeordnete Bindewald und der Landtagskandidat für Wiesloch-Heidelberg, Herr Konsul Köster, sprechen sollten. Die jüdischen Kaufleute Bernhard Kramer, Hermann Kramer und Sternweiler sollen nun die Abhaltung dieser Versammlung dadurch unmöglich gemacht haben, daß sie unter die Anwesenden Geld, Bier und Cigarren vertheilten, um sie zu veranlassen, die Redner nicht zum Wort kommen zu lassen. Dieser Plan gelang auch, so daß sich die Antisemiten genöthigt sahen, nach dem Gasthaus „Zum Lamm" zu ziehen, um dort ihre Versammlung fortzusetzen. Dort sollte nun der jüdische Lehrer Liesberger Bindewald durch fortwährende Zwischenrufe in seinen Ausführungen gestört haben. Ein anderer Angeklagter Heinrich Sternweiler wurde beschuldigt, den Landtagsabgeordneten Pfisterer an der Brust gepackt zu haben. Ferner sollte ein Theil der Angeklagten in die im zweiten Stock des Gasthauses „Zum Lamm" befindlichen Zimmer eingedrungen und diese durchsucht haben, weil man glaubte, daß sich Antisemiten in ihnen versteckt hätten, und schließlich sollten sie, theilweise mit Prügeln bewaffnet, das Hofthor des „Lamm" bewacht haben, um den noch im Gasthause befindlichen Antisemiten zu auflauern.

Hannover, 30. März. [Der Pastor Theodor Albrecht] aus Ricklingen bei Linden wurde heute von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu 9 Monaten Gefängniß wegen Unterschlagung im Amte und Untreue verurtheilt. Er hat seit 1889 fortgesetzt Kirchen- und Schulgelder, die er zu verwalten hatte, zur Bestreitung persönlicher Ausgaben angegriffen. Die vermutrente Summe beträgt etwa 4000 M.

Provinzialnachrichten.

+ **Torgau**, 31. März. [Der Regierungspräsident v. d. Recke] besuchte heute unsere Stadt, um die städtische Verwaltung und das Königl. Landrathsamt zu besichten. Im Trauzimmer des Rathhauses wurde ihm ein Frühstück geboten, an dem der Magistrat und der Vorstand der Stadtverordneten sich betheiligten. Zu dem diesjährigen Geharnischten-Auszug hat er seinen Besuch in Aussicht gestellt.

— [Personalnachrichten.] Der Regierungs- und Forstrath Hanschild zu Magdeburg ist zum Ober-Forstmeister mit dem Range der Ober-Regierungs-Räthe ernannt worden. — Versetzt sind: der Forstmeister Herzig zu Springe auf die Oberförsterstelle Rosenfeld, Regierungsassessor Merkenburg, der Berg-Inspektor Richard von St. Andreasberg als Bergwerks-Direktor an die Berg-Inspektion am Rammelsberg bei Goslar, der Berg-Inspektor Richert von Oberstrichen als Revierbeamter mit dem Charakter als Bergrath nach Goslar, der Berg-Inspektor Ernst von Stolberg nach Lauterthal.

lg. **Helmstedt**, 31. März. [Ertrunken.] Der Förster Ungnad im unfernen Borsfelde kehrte am Sonnabend abend von einer Pürsche nicht mehr zurück. Man nahm erst an, daß er Wilddieben zum Opfer gefallen sei. Die Vermuthung hat sich jedoch jetzt als irrig erwiesen. Man fand gestern die Leiche in einem Wassergraben. U. ist zweifellos bei dem schlimmen Wetter die Böschung hinuntergeglitten und in dem tiefen Wasser ertrunken.

S. **Leipzig**, 31. März. [Dr. Otto's. — Revolverattentat. — Malerstreik.] Heute abend verstarb der in weitesten Kreisen bekannte Generaldirektor der Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft Dr. Otto. — Auf offener Straße feuerte heute der Arbeiter Kühne auf einen Mann, mit dem er früher zusammen gearbeitet hatte, mehrere Revolverschüsse ab. Drei Schüsse gingen fehl, der vierte aber blieb im Schulterblatt sitzen, so daß der Verwundete ins Hospital aufgenommen werden mußte. Der Attentäter wurde verhaftet. — Die Maler und Lackirer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ueber 10 Werkstätten wurde die Sperre verhängt.

Vermischtes.

Aus der Haft entlassen. Der Kaufmann Max Boehme Mitinhaber des Hypothekengeschäfts von Boehme u. Co. in Berlin, ist gegen eine Bürgschaft von 10,000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Pest in Bombay. In vergangener Woche sind in Bombay 978 Personen an der Pest gestorben, die Gesammtsterblichkeit betrug 1938 oder 12,092 pro Tausend.

Unglücksfälle und Verbrechen. Unweit des Bahnhofs Birkicht entgleiste ein Personenzug der Riesengebirgsbahn, Vier Wagen stürzten um. Personen wurden indeß nicht verletzt. Der Unfall ist auf ein Bubenstück zurückzuführen. Ein schwerer Stein war auf die Schienen gelegt worden. — Bei Weidisch (Niederschlesien) stießen zwei Oderkähne zusammen. Der Kahn des Schiffseigenthümers Zabel aus Spreenhagen bei Fürstenwalde sank mit einer Ladung Steinkohlen. Er war bestimmt nach Königs-Wusterhausen. Zabel nebst seiner Tochter, sowie der Bootsmann Belke wurden mit großer Mühe gerettet. — Im russischen Dorfe Stepanowka (Bezirk Putwisl) erschlug ein Bauer Namens Naumenko seine Frau und seine drei Kinder sowie seinen Nachbar Naidenko mit Beilhieben und verletzte seine Schwägerin sehr schwer. Er scheint in einem Wahnsinnsanfall gehandelt zu haben. — Mittwoch begann der Prozeß gegen die in Wiesbaden ansässigen Juden Gudritsch, Freimann, Aronsohn, Rumanow, Frumkin u. a., die beschuldigt sind, am 27. April v. J. bei Gelegenheit einer Zusammenrottung dort an Militär- und anderen Personen christlichen Glaubens gemeinsam Gewaltthätigkeiten verübt und bewaffneten Infanteriepatrouillen gemeinsam Widerstand geleistet zu haben.

Personalnachrichten. Wie wir hören, feiert heute der Erbauer des Kaiser Wilhelm-Kanals Wirkl. Geheimer Rath Baensch sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Leider kann der Jubilar das Fest nicht in voller Gesundheit begehen, er muß vielmehr infolge einer schweren, aber glücklich verlaufenen Operation das Bett hüten. — Der Bischof der Diözese Culm, Dr. Redner-Pelplin, ist an einer Lungenentzündung bedenklich erkrankt; er wurde bereits mit den Sterbesakramenten versehen. — Arthur Nikisch, der Leiter der leipziger Gewandhauskonzerte, ist auf die Klage der königlichen Oper in Budapest, der er vor seiner Uebersiedelung nach Leipzig als Kapellmeister angehörte, von der dortigen Kurie zur Leistung einer Konventionalstrafe von 12,000 Gulden verurtheilt worden. — „Nihan's Bureau" in Kopenhagen ist von Henrik Ibsen ersucht worden, allen denen, die dem Dichter zu seinem 70. Geburtstage gratulirt haben, namentlich aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn, den herzlichsten Dank desselben auszusprechen. — Baron Nordenskjöld traf in Petersburg ein, um über die in diesem Sommer zu veranstaltende Polar-Expedition nach Spitzbergen zu berathen, an der auf Anregung von König Oskar Rußland theilnimmt. 100,000 Rubel sind dafür angewiesen worden. Die Expedition wird 3 Jahre dauern. — Nansen kehrt nächste Woche nach England zurück, um Verträge für eine Vortragstournee abzuschließen. Von England geht Nansen nach Petersburg und Wien, wo er mit Payer zusammentrifft. Dann wird er eine Reise nach Italien machen und einen Vortrag in der Geographischen Gesellschaft in Rom halten. Auf der ganzen Reise wird er von seiner Frau begleitet. — Aus Warasdin wird gemeldet, daß die Prinzessin Luise von Koburg sich auf dem Schlosse des kroatischen Adeligen Herrn Arthur v. Ozegovic beim Orte Brezniczza befindet. Die Prinzessin wünscht selbst die Scheidung. Der entscheidende Bruch des prinzlichen Paares geschah im Vorjahre in Cannes.

Letzte Telegramme.

Wien, 31. März. Die Quotendeputation hat sich konstituirt. Graf Schönborn wurde zum Obmann, v. Jaworski zum Stellvertreter desselben, und Beer zum Berichterstatter gewählt.

Rom, 1. April. Der gestern abend im deutschen Künstlerverein veranstaltete Bismarck-Kommers hat einen glän-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980401010/fragment/page=0003

zenden Verlauf genommen. Das Hoch auf den Kaiser brachte der deutsche Botschafter Graf Saurma aus.

Algier, 31. März. Eine Abordnung von Frauen begab sich heute nachmittag nach dem Platze vor dem Regierungsgebäude, um die Freilassung des antisemitischen Agitators Mac Régis zu fordern. Es kam zu einigen Kundgebungen und einem Polizeiaufgebot. Die Polizei trieb die Menge auseinander.

London, 31. März. [Unterhaus.] Der Parlamentsunterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon erklärt: Am 27. Januar erteilte der russische Botschafter der britischen Regierung die Versicherung, daß jeder von Rußland an den Küsten des nördlichen Pacificmeeres erworbene Hafen den Schiffen und dem Handel der ganzen Welt offen sein würde, gleich den anderen Häfen des chinesischen Küstengebiets. Am 16. März erwähnte der russische Minister des Auswärtigen Muravjeff den diesfeitigen Botschafter in Petersburg, O'Connor, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß, falls die chinesische Regierung einwillige, Talienwan und Port Arthur an die russische Regierung zu verpachten, beide Häfen dem fremden Handel, gleich den anderen Häfen Chinas geöffnet sein würden. Das diese Versicherung enthaltende Telegramm wurde vor der Absendung dem Grafen Muravjeff unterbreitet und erhielt seine Billigung. In dem schon erwähnten Telegramm vom 16. März ermächtigte Muravjeff O'Connor, der britischen Regierung zu versichern, daß seitens der russischen Regierung keine Absicht bestehe, die durch die bestehenden Verträge zwischen China und anderen Ländern garantirten Rechte und Privilegien zu verletzen. Diese Privilegien schließen unter Artikel 52 des Tientsinner-Vertrages das Recht ein, Kriegsschiffe nach allen Häfen innerhalb der Besitzungen des Kaisers von China zu senden. Die genauen Bestimmungen des zwischen Rußland und China abgeschlossenen Abkommens können nicht im Besitz der englischen Regierung sein, bevor sie von der russischen oder chinesischen Regierung mitgetheilt sind. England habe die Mittheilung verlangt. Eine Note des russischen Botschafters vom 28. März besagt, daß Port Arthur und Talienwan sofort von russischen Truppen besetzt und die russische Flagge neben der chinesischen gehißt wird. Die russische Regierung habe die der englischen Regierung gemachten Zusagen betr. Port Arthur nicht zurückgezogen. Alfmed Bartlett fragt, ob er darunter verstehen solle, daß die Regierung die Zusage, daß Port Arthur ein offener Hafen sein solle, noch für die russische Regierung bindend sein solle. Curzon erwidert, seine Antworten waren völlig klar und es gebe keinen Menschen im Hause, der nicht imstande sei, sie zu verstehen. Alfmed Bartlett frägt später an, ob die britische Regierung zu gestatten beabsichtige, daß Port Arthur, welches den Golf von Petschili und die Unabhängigkeit Chinas beherrscht, von Rußland in eine befestigte Flottenbasis verwandelt wird. Erster Lord des Schatzes Balfour erklärt, die Regierung habe für Dienstag eine Erklärung über die Regierungspolitik und über die Lage vorbereitet; es wäre unbequem, abgerissene Erklärungen vor Dienstag zu machen. (Beifall.) Curzon erklärt, am 24. März theilte der türkische Botschafter ein Telegramm seiner Regierung mit, in welchem Karatheodori Pascha zum Statthalter von Kreta vorgeschlagen wird.

Athen, 31. März. Nach der Verkündigung des Todesurtheils gegen Karditzi und Georgis entstand im Justizgebäude ein furchtbares Gedränge. Dabei brach das marmorne Treppengeländer und zahlreiche Personen stürzten in die Tiefe, wobei mehrere Verwundungen vorkamen.

Canea, 31. März. Die Admirale forderten von dem Präsidenten der National-Versammlung, Sphakianakis, die Auslieferung von Christen, welche in der Umgebung von Canea Mohammedaner niedergemetzelt haben, und theilten demselben mit, daß sie gesonnen seien, energisch vorzugehen.

Kairo, 31. März. Eine starke Truppenabtheilung unter General Hunter rekognoszirte die Stellung Mahmud's, die sehr stark befunden wurde. Die Gräben wimmeln von Derwischen. Sie scheinen entschlossen, einen Angriff zu erwarten. Die Stellung ist von dichtem Walde umgeben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— **Halle-Hettstedter Eisenbahngesellschaft.** Die Aktionäre waren gestern nachmittag zu einer ausserordentlichen Hauptversammlung einberufen, um Beschlüsse zu fassen über die Aufnahme einer $3^1/_2$ proz. Anleihe von 1,500,000 M., die zur Verstärkung der Betriebsmittel und Tilgung noch vorhandener Verpflichtungen dienen soll. Es lag dazu ein Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrathes vor, der über die Anleihe und deren Verwendung folgende nähere Bestimmungen festsetzt: Die Anleihe wird begeben al pari in 3000 Stücken zu 500 M., die mit $3^1/_2$ Proz. verzinst und vom Jahre 1903 ab mit 1 Prozent amortisirt werden; das Recht, die Amortisationsquote zu erhöhen oder auch eine Kündigung der Anleihestücke eintreten zu lassen, ist späterer Entschliessung gewahrt. Dieser Antrag fand einstimmig Annahme (vertreten waren 3852 Aktien). Von der Anleihe werden 675,000 M. zur Deckung einer Restbauschuld bei der Firma Lenz & Co. und 610,000 M. zur Verstärkung der Betriebsmittel (käufliche Erwerbung der bisher mietbweise von Lenz & Co. überlassenen Lokomotiven und Wagen und Neubeschaffung einer neuen Lokomotive und eines Personenwagens 3. Klasse) dienen, während der unbegebene Rest für spätere Ausgaben reservirt bleibt. Das Betriebsergebniss der Bahn ist im letzten Jahre ein verhältnissmässig günstiges gewesen: es ist eine Einnahme erzielt von rund 460,000 M., der eine Ausgabe von 220,000 M. gegenübersteht; es verbleibt also ein Ueberschuss von 240,000 M. Davon werden verwendet 183,750 M. zu einer $3^1/_2$ proz. Verzinsung der gesammten Aktien, 30,000 M. dem Erneuerungsfonds zugeführt, 19,000 M. zur Verzinsung des Kapitalwertes der käuflich zu erwerbenden Betriebsmittel bereitgestellt und 7250 M. für das neue Betriebsjahr vorgetragen.

Rio de Janeiro, 30. März. Wechsel auf London $6^1/_{32}$.

Buenos-Ayres, 30. März. Goldagio 163,20.

Verloosungen.

Braunschweig, 31. März. Gewinnziehung der Braunschweiger 20 Thaler-Loose: 165,000 M. Ser. 8734 Nr. 11. 15,000 M. Ser. 8218 Nr. 16. 9000 M. Ser. 1578 Nr. 30. 3600 M. Ser. 8215 Nr. 26. Je 300 M. Ser. 164 Nr. 23, Ser. 1106 Nr. 1, Ser. 1429 Nr. 18, Ser. 2479 Nr. 42, Ser. 3702 Nr. 35, Ser. 5492 Nr. 12, Ser. 6390 Nr. 20, Ser. 8215 Nr. 46, Ser. 8734 Nr. 39, Ser. 9236 Nr. 20, Ser. 9915 Nr. 16. Je 150 M. Ser. 1106 Nr. 9, Ser. 1173 Nr. 20, Ser. 8215 Nr. 48, Ser. 8946 Nr. 38, Ser. 9452 Nr. 7.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 31. März. (Mehlbörse.) Preise für netto 100 kg. Kaiser-Auszug 32,50 bis —,— M., Weizenmehl 00 28,50 bis 29,75 M., Weizenmehl 0 26,50 bis 27,75 M., Roggenmehl 0 22,50 bis 23,50 M., Roggenmehl 01 21,50 bis 22,50 M., Futtermehl 13,00 bis —,— M., Roggenkleie 9,50 bis 10,25 M., Weizenkleie 8,75 bis 9,00 M., Weizenkleie f. 9,00 bis 9,40 M., Haidemehl 31,00 M. Der Vorstand des Mehlbörsenvereins.

Getreide.

New York, 31. März. [Telegr.] Rother Winterweizen $100^5/_8$. Weizen März —, April —, Mai $98^7/_8$, Juli $85^1/_8$, Mais März —, Mai $33^3/_8$, Juli $34^7/_8$. Mehl 3,85. — Getreidefracht $1^1/_2$.

Chicago, 31. März. [Telegr.] Weizen März 101, Mai $103^1/_4$, Mais März $28^1/_2$.

* **Nordhausen**, 31. März. Weizen 18,70—19,50 M., Roggen 14,50—14,70 M., Gerste 17,00—18,00 M., Hafer 15,90—16,50 M.

* **Hamburg**, 31. März. Weizen loco fest, holsteinischer loco 187—200. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 140—148, russischer loco behauptet, 112. Hafer fest, Gerste fest.

Petroleum.

* **Hamburg**, 31. März. Petroleum unverändert, Standard white loco 5,00 Br.

* **Bremen**, 31. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 5,10 Br.

* **Antwerpen**, 31. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco $15^5/_8$ bez. u. Br., per März $15^3/_4$ Br., per April-Mai $15^3/_4$ Br. Ruhig.

* **New York**, 31. März. (Telegr.) Petroleum Standard white in New York 5,75, do. in Philadelphia 5,70, do. Refined (in Cases) 6,40, do. Credit Balances at Oil City April 77,00.

Schlachtviehmakt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 31. März 1898.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht. I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
19 Rinder,							19	—
davon: 3 Ochsen,	34	—	32	—	30	—	3	—
1 Färse,	33	—	31	—	29	—	1	—
10 Kühe,	28	—	26	—	24	—	10	—
5 Bullen,	30	—	28	—	—	—	5	—
32 Kälber,	42	—	40	—	—	—	32	—
63 Hammel (Schafe)	25	—	23	—	—	—	63	—
154 Landschweine,	—	60 —	58	—	56	133	16	

Geschäftsgang: mittelmässig. — Gesammt-Auftrieb dieser Woche: 69 Rinder, (davon 8 Ochsen, 4 Färsen, 46 Kühe, 11 Bullen), 75 Kälber, 153 Hammel, 235 Landschweine, zusammen 532 Schlachthiere.

Oelsaaten. Oels. Fettwaaren.

New York, 31. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,32, do. Rohe und Brothers 5,65.

* **Hamburg**, 31. März. Rüböl (unverzollt) behauptet, loco 50,00 Br.

* **Bremen**, 31. März. Schmalz fest. Wilcox 28 Pf., Armour shield $28^1/_4$ Pf., Cudahy 29 Pf., Choice Grocery 29 Pf., White label 29 Pf., Speck fest. Short clear middling loco $28^1/_2$ Pf.

* **Köln**, 31. März. Rüböl loco 55,00, per Okt. 52,80 M.

* **Paris**, 31. März. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, per März $53^1/_{16}$, per April $53^1/_4$, per Mai-Aug. $54^1/_4$, per Sept.-Dez. $55^1/_4$.

* **Antwerpen**, 31. März. Schmalz per März $63^1/_4$.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null).

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	30. März	+ 1,54	31. März	+ 1,58		—	4
Weissenfels, Operpegel	»	+ 2,80	»	+ 2,82		—	2
do. Unterpegel	»	+ 1,73	»	+ 1,83		—	4
Trotha	»	+ 3,46	1. April	+ 3,68		—	22
Alsleben, Oberpegel	30.	+ 2,88	31.	+ 2,86		2	—
do. Unterpegel	»	+ 3,52	»	+ 3,46		6	—
Bernburg	»	+ 3,02	»	+ 2,93		9	3
Kalbe, Oberpegel	»	+ 2,23	»	+ 2,20		—	2
do. Unterpegel	»	+ 3,06	»	+ 3,16		—	10

Moldau. Iser. Eger. Elbe.								
	März		Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	30.	+ 0,30	8	—	Torgau	31. + 2,64	—	6
Prag	»	+ 0,98	20	—	Wittenberg	» + 3,20	—	10
Jungbunzlau	»	+ 0,44	12	—	Rosslau	» + 2,88	—	6
Laun	»	+ 1,21	25	—	Barby	» + 3,59	—	—
Pardubitz	»	+ 0,70	11	—	Magdeburg	» + 3,06	4	—
Brandeis	»	+ 1,20	2	—	Tangermünde	» + 3,85	—	—
Melnick	»	+ 1,01	13	—	Wittenberge	» + 3,62	10	—
Leitmeritz	»	+ 1,91	—	1	Dömitz Peg.	30. + 3,38	4	—
Aussig	31.	+ 1,38	15	—	Lauenburg	30. + 3,48	—	—
Dresden	»	+ 0,17	13	—				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 0,64 m Fall gemeldet.

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 31. März. Heutige Fahrtiefe 73 Zoll österr. Mass. Fracht nach Magdeburg das Doppelhektoliter 20—21 Pfg.

Berliner Börse

vom 31. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3, Lomb. 4.
Amsterdam 3. Brüssel 3.
Petersburg $5^1/_2$. Wien 4.
London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.		
Barmer Stadtanleihe	$3^1/_2$	— —
Berliner Stadt-Obl.	$3^1/_2$	101,50
do. do. 1892	$3^1/_2$	101,25
Magdeburger St.-Anl.	$3^1/_2$	100,50
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	$3^1/_2$	100,50
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	— —
Bayrische Anleihe	4	102,30
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	110,70
Köln-Mind. Pr.-Anth.	$3^1/_2$	138,40
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	— —
Meininger 7 fl.-Loose	—	22,30
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	130,90

Ausländische Fonds.		
Argent. Gold-Anl. 5%	—	79,00
do. innere do. $4^1/_2$%	—	67,25
Barletta 100 Lire-Loose	—	26,00
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	100,60
do. do. 1888	5	100,60
Chilen. Gold-Anl. 1889	$4^1/_2$	— —
Chinesische Anleihe	5	102,60
do. do. 1896	5	99,40
Egyptische priv. Anl.	$3^1/_2$	— —
do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	— —
Griech. Anl. 1881—84	—	41,10
do. kons. Goldrente	—	34,10
do. Monopol-Anl.	—	45,00
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	38,80
Mailländ. 10 Lire-Loose	—	13,50
Mexikaner Anl. à 100	6	99,50
do. à 20	6	100,80
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	148,40
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	101,75
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	132,00
do. do. gar.	$4^1/_2$	102,10
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1866	$3^1/_2$	— —
do. do. 1890	$3^1/_2$	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1873	4	102,60
Türkische Anleihe D.	1	21,75
do. Administ.	5	96,40
do. 400 Frcs.-Loose	—	115,50
Ungarische Gold I.-A.	$4^1/_2$	100,80
do. Kr.-R.	4	99,80

Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr.	$12^1/_2$	250,00
Admiralsgarten-Bad	4	74,80
Annaburger Steingut	14	181,00
Archimedes	10	187,00
Bauges. Berl.-Charlbg.	7	640,00
do. B.-Wilmwad. T.-G.	28	998,00
Braunschweiger Jute	15	184,75
Berl.-Anh. Maschinen	12	213,40
Berliner Bockbrauerei	10	185,00
do. Brauerei Königst.	$7^1/_2$	132,25
do. Union Grafweil	7	131,50
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	249,10
Breslauer Oelwerke	$5^1/_2$	96,60
Cement-Bau-Ges.	12	155,25
Charlottb. Wasserwerk	9	340,00
Chem. Fabr. Schering	$7^1/_2$	200,75
Chemn. Masch. Zimm.	9	178,50
Dessauer Gas	11	210,00
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	80	608,00
Dtsche Jutespinnerei	12	144,00
Egestorff-Salzwerke	$8^1/_2$	152,10
Elberfeld. Farbenfabr.	18	350,00
Erdmannsdorf. Spinn.	4	81,75
Freund Masch. konv.	16	303,75
Harburg-Wien Gummi	29	400,00
Hartmann Masch. konv.	5	153,00
do. Brückenb. konv.	7	134,25
do. do. St.-Pr.	8	159,50
Hirschberger Masch.	8	132,00
Keyling & Th. Eiseng	5	124,25
Kurfürstendamm	—	86,00
La Veloce, ital. D.	$7^1/_2$	76,00
Ludw. Löwe & Co.	24	458,00
Mälzerei Wrede	7	108,30
Magdeburger Baubank	1	71,75
Magdeb. Pferdebahn	7	261,10
Neuroder Kunstanstalt	$7^1/_2$	126,25
Nordd. Eiswerke	$4^1/_2$	104,00
Omnibus-Gesellschaft	10	208,75
Oppeln Portl.-Cem.	11	166,60
Passage	4	85,25
Pferdebahn, Breslauer	$9^1/_2$	295,00
Saline Salzungen	5	85,60
Saugerhäuser Masch.	$22^1/_2$	315,75
Schäffer u. Walcker	0	83,00
Schlesische Cement	$14^1/_2$	220,00
Schwartzkopff	$10^1/_2$	268,50
Siemens, Glas-Industr.	$12^1/_2$	227,25
Stettiner Cham. Didier	17	450,30

Sudenburg. Maschin.	5	142,00
Thüringer Salinen	4	67,50
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	16	222,80
Vereinsbrauerei Artern	$4^1/_2$	— —
Westf. Draht-Industrie	10	140,60
do. Union konv.	16	130,00
do. 6% St.-Pr.	7	— —
Wittener Guss	10	131,25
Wilhelmshütte	$2^1/_2$	63,50
Zuckerfabr. Fraustadt	$4^1/_2$	99,40

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig		
Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	$3^1/_2$	100 00
Ostpreuss. Südbahn	4	100,50

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.		
Breslau-Warschau	4	95,00
Dortmund-Gronau . E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw	5	119,40
Ostpreuss. Südbahn	5	— —

Eisenb.-Prior.-Obligationen.		
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	53,60
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,80
Lemberg-Czernowitz	4	100,50
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	94,00
do. Ergänzungsn.	3	93,90
do. Gold-Pr.	4	103,75
Oesterr. Lokalbahn	4	101,50
do. Nordwestbahn	5	112,00
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	78,30
do. Obligationen	5	108,30
Ung. Nordostb. Gold-O.	$4^1/_2$	101,00
do. Eisenb.-Silb.-A.	$4^1/_2$	101,00
Iwangorod-Dombr. gar.	$4^1/_2$	104,50
Kosl.-Woronesch Obl.	4	102,10
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	101,70
Kursk-Kiew	4	102,00
Mosco-Kiew-Woron	4	102,25
Mosco-Kursk	4	100,40
Mosco-Rjasan	4	102,20
Mosco-Smolensk	5	100,10
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjasan-Koslow	4	102,00
Rjaschk-Morcvansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	102,10
Russ. Südwestbahn	4	103,00
Transkaukasische	3	94,20
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	102,40
Wladikawkas Oblig.	4	— —
do. unkdb. b. 1906	4	102,10
Manitoba rz. 1933	$4^1/_2$	104,25
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	5	93,00
do. Gen. Lien.	3	59,75
S Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	113,25
do. do. do.	5	100,75
Central-Pacific	5	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.		
Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,30
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	$3^1/_2$	102,25
do. V. rz. 100	$3^1/_2$	9,40
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,50
do. VII. unkb. b. 1903	4	102,00
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,20
do. do. V./VI.	4	103,20
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	100,90
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,10
do. unkdb. bis 1900	4	100,50
do. alte Ser. 1-45	$3^1/_2$	98,00
do. S. 46-105, uk. 1905	$3^1/_2$	99,75
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	$3^1/_2$	101,75
do. do. II.	$3^1/_2$	100,50
Meininger. Hyp.-Pfdb.	$3^1/_2$	97,25
do. II unkdb. bis 1900	4	100,70
do.	$3^1/_2$	99,50
do. Präm.-Pfdbr.	4	135,40
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,00
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,20
Ostpreussische	$3^1/_2$	100,10
Pom. H. V., VI. 1900 uk.	4	100,50
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	102,00
Posensche	4	— —
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,50
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,50
do. XIII. rz. 100	4	100,50
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	100,60
do. do. 1900	$3^1/_2$	98,30
do. do. 1906	$3^1/_2$	99,60
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,20
do. do. XV-XVIII.	4	101,20
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	101,60
do. do. Cert.	$3^1/_2$	97,75
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	$3^1/_2$	99,00
do. XVIII ukdb. 1908	$3^1/_2$	100,20
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	$3^1/_2$	99,30
do. Comm.-Obl. b. 1907	$3^1/_2$	100,00
Sächsische	4	— —
do.	$3^1/_2$	100,50
do.	$3^1/_2$	100,90
Westpr. ritt. I. I. B.	$3^1/_2$	100,40
Pommersche	4	103,60
Posensche	4	— —
Preussische	4	103,70
Sächsische	4	103,70
Schlesische	4	103,60

Bergwerks- u. Hütten-Ges.		
Aplerbeck	$2^1/_2$	129,25
Arenberger Bergwerk.	50	750,50
Baroper Walzwerk	0	58,50
Berzelius	6	122,75
Bismarckhütte	15	205,50
Bonifacius Bergwerk	$5^1/_2$	1 2,50
Concordia-Bergwerk	13	253,00
Consolidat. Bergw.-G.	15	267,40
Consol. Marie	8	— —
Duxer Kohlen kon. . .	10	156,25
Eschweiler Bergwerk.	14	206,50
Gelsenkirch. Gusstahl	8	183,80
Georg-Marien-St.-A.	8	123,60
do. St.-Pr.	8	127,00

Harzer Eisenw. konv.	0	56,00
do. do. St.-Pr.	3	106,25
Inowrazl., Steinsalzb.	$3^1/_2$	73,00
Kattowitzer	10	185,50
Königin-Marienhütte	5	88,60
König Wilhelm konv.	15	219,75
do. St.-Pr.	20	273,00
Leopoldsgr. Edderitz	$5^1/_4$	105,00
Luise Tiefbau konv.	0	67,00
do. do. St.-Pr.	4	103,75
Magdeburg-Bergwerk	$28^1/_2$	413,00
Marienhütte Kotzenau	$4^1/_2$	86,50
Menden & Schwerte kv.	0	— —
do. St.-Pr.	$5^1/_2$	93,75
Rheinische Stahl I. Lit. C.	15	203,00
Schlesisch. Zinkhütten	11	238,00
Stadtberger Hütte	$6^1/_2$	125,25
Wurm-Revier	$6^1/_2$	126,75

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.		
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102,75
Aschersleb. Kalkwerke	5	— —
Bochumer Gussstahl	4	104,50
Dessauer Gas	$4^1/_2$	— —
Dortmunder Union . . .	5	111,75
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	$3^1/_2$	100,50
Hamb.-Packetfahrt . . .	4	— —
Laurahütte	$3^1/_2$	97,00
Naphta Obligationen .	$4^1/_2$	101,00
Norddeutscher Lloyd	4	101,70
Oberschl. Eisen-Ind.	4	100,80
v. Tiele-Winkler . . .	4	— —
Zoologischer Garten . .	5	— —

Bank-Aktien.		
Bank d. Berl. Kassenv.	$6^6/_7$	137,60
Berg-Märk. B. i. Elbf.	$7^1/_2$	164,75
Börsen-Handelsverein	$5^1/_2$	106,60
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	3	101,00
Cöln W. u. Komm. .	$5^1/_2$	107,40
Danziger Privatbank	$7^1/_2$	139,50
Deutsche Grundschuld	7	129,70
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	122,75
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	120,10
Dresdener Bankverein	7	125,30
Essener Kredit	$7^1/_2$	143,25
Gothaer Privatbank . .	$6^1/_2$	135,50
do. Grundkreditb.	4	128,30
do. do. junge	4	112,40
Hamburg. Hypoth.-B.	8	159,50
Königsberg. Vereinsb.	$5^1/_2$	114,50
Leipziger Bank	10	193,10
Lübecker Kommerzb.	$7^1/_2$	— —
Magdeburger Privatb.	5	110,25
Nordd. Grund-Kredit.	$4^1/_2$	101,30
Pr. Hyp.-B. (Spielh.)	$6^1/_2$	134,20
Preuss. Pfandbr.-Bk.	$6^1/_2$	123,00
Realkredit-Bank	—	44,60

Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr.	$12^1/_2$	250,00
Admiralsgarten-Bad	4	74,80
Annaburger Steingut	14	181,00
Archimedes	10	187,00
Bauges. Berl.-Charlbg.	7	640,00
do. B.-Wilmwad. T.-G	28	998,00
Braunschweiger Jute	15	184,75
Berl.-Anh. Maschinen	12	213,40
Berliner Bockbrauerei	10	185,00
do. Brauerei Königst.	$7^1/_2$	132,25
do. Union Grafweil	7	131,50
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	249,10
Breslauer Oelwerke	$5^1/_2$	96,60
Cement-Bau-Ges.	12	155,25
Charlottb. Wasserwerk	9	340,00
Chem. Fabr. Schering	$7^1/_2$	200,75
Chemn. Masch. Zimm.	9	178,50
Dessauer Gas	11	210,00
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	80	608,00
Dtsche Jutespinnerei	12	144,00
Egestorff-Salzwerke	$8^1/_2$	152,10
Elberfeld. Farbenfabr.	18	350,00
Erdmannsdorf. Spinn.	4	81,75
Freund Masch. konv.	16	303,75
Harburg-Wien Gummi	29	400,00
Hartmann Masch. konv.	5	153,00
do. Brückenb. konv.	7	134,25
do. do. St.-Pr.	8	159,50
Hirschberger Masch.	8	132,00
Keyling & Th. Eiseng	5	124,25
Kurfürstendamm	—	86,00
La Veloce, ital. D.	$7^1/_2$	76,00
Ludw. Löwe & Co.	24	458,00
Mälzerei Wrede	7	108,30
Magdeburger Baubank	1	71,75
Magdeb. Pferdebahn	7	261,10
Neuroder Kunstanstalt	$7^1/_2$	126,25
Nordd. Eiswerke	$4^1/_2$	104,00
Omnibus-Gesellschaft	10	208,75
Oppeln Portl.-Cem.	11	166,60
Passage	4	85,25
Pferdebahn, Breslauer	$9^1/_2$	295,00
Saline Salzungen	5	85,60
Saugerhäuser Masch.	$22^1/_2$	315,75
Schäffer u. Walcker	0	83,00
Schlesische Cement	$14^1/_2$	220,00
Schwartzkopff	$10^1/_2$	268,50
Siemens, Glas-Industr.	$12^1/_2$	227,25
Stettiner Cham. Didier	17	450,30

Sudenburg. Maschin.	5	142,00
Thüringer Salinen	4	67,50
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	16	222,80
Vereinsbrauerei Artern	$4^1/_2$	— —
Westf. Draht-Industrie	10	140,60
do. Union konv.	16	130,00
do. 6% St.-Pr.	7	— —
Wittener Guss	10	131,25
Wilhelmshütte	$2^1/_2$	63,50
Zuckerfabr. Fraustadt	$4^1/_2$	99,40

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.		
Aachen-Mastricht	5	114,75
Altenburg-Zeitz	12	— —
Buschtiehrader B. . . .	13	288,50
Halberst.-Blankenb.	$3^1/_2$	152,00
Ital. Meridional-Eb.	$6^6/_7$	134,30
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	82,30
Ludwigshaf.-Bexbach	11	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm-Aktien.		
Anatolische	5	96,40
Portug. Eisenb. O. 1886	3	59,75
do. 1889	$3^1/_2$	36,50
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B.	5	— —

Div. Eisenb.-Stamm-Akt.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	330,00
8	Böhm. Nordbahn	175,00
$13^1/_2$	Buschtiehrad. Lit. A.	300,50
12	do. do. B	287,00
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
$6^1/_2$	Graz-Köflach	144,50
$3^1/_2$	Marienburg-Mlawka	82,00

Div. Eisenb.-St.-P.-Akt.		
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	—